

ist; das aber kann auf dem Parteitag im Herbst nächsten Jahres passieren.

Wie sehr für ihn die Zeit drängt, hatte Barzel vor einem halben Jahr noch nicht erkannt. Damals hatte er sich auf einen langen Marsch eingestellt: „Wir müssen uns auf viermal 365 Tage und Nächte Opposition einrichten.“ Drei Monate später wollte er den Machtwechsel schon riskieren, wenn mindestens zwölf Freidemokraten zur CDU überliefern oder eine eigene Gruppe bildeten.

Anfang Oktober schließlich war Barzel soweit, Kanzler um jeden Preis werden zu wollen, selbst mit nur einer Stimme Mehrheit. Diese Vorstellung freilich schreckte die anderen Parteioberen. CDU-Generalsekretär Bruno Heck warnte: „Wir müssen erst für ausreichende Mehrheit sorgen, sonst wird das ein Flasko.“

Auch bei den Landesverbänden mehrten sich die Bedenken gegen Überleitung. Der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger, selbst immer parat, in Bonn „eine Aufgabe zu übernehmen“, forderte „weiteres Wachstum“ seiner Partei, „bevor im Bund wieder regiert“ werden könne.

Bereits vor der Hessenwahl hatte auch Barzel begriffen, daß sein ungeduldiges Verlangen nach der Kanzler-Chance ihm in der Partei Schaden eintrug. Es mochte noch hingehen, daß sein ärgster Rivale um die Kanzlerkandidatur, Ministerpräsident Helmut Kohl, öffentlich seine „Bedenken gegen allzu raschen Machtwechsel“ äußerte. Aber: auch die Fraktionskollegen Richard Freiherr von Weizsäcker und Hans Dichgans rügten Barzels lautstark vorgebrachte Polemik gegen die Ostpolitik der Regierung, und aus der Parteiorganisation signalisierten Vertrauensleute Unbehagen an dem überfreundlichen Empfang, den Barzel den FDP-Überläufern Erich Mende, Siegfried Zoglmann und Heinz Starke bereitet hatte.

Nur Franz Josef Strauß und seine CSU blieben unerschütterlich an Barzels Seite. Die Allianz war auf dem Münchner CSU-Parteitag im April dieses Jahres durch ein Frühstückskartell besiegelt worden: Strauß sicherte Barzel die CSU-Stimmen bei der Wahl des Kanzler-Kandidaten in der Fraktion zu; Barzel verpflichtete sich, Strauß als Vizekanzler und Superminister für Wirtschaft und Finanzen in sein Kabinett aufzunehmen.

Noch in der Woche vor der Hessenwahl sann Franz Josef Strauß über die Mitglieder einer neuen Unionsregierung nach. Vor CSU-Spezis erläuterte Strauß, wer mit ihm regieren sollte: Ex-Ernährungsminister Hermann Höcherl als Verkehrsminister, Manfred Wörner von der CDU als Verteidigungsminister, der von Affären verfolgte Friedrich Zimmermann, derzeit Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung, als Wörners CSU-Staatssekretär.

Als der Mainzer die hessischen Wahlergebnisse erfuhr, fühlte er sich bestätigt: „Also, die Stunde ist noch nicht da. Jetzt haben wir Zeit.“

SPD

Die Teufel

Selten ist führenden Sozialdemokraten die Suche nach den Schuldigen für eine Wahlniederlage so leichtgefallen wie nach der Landtagswahl vom vorletzten Sonntag in Hessen: Der Feind steht links, in den eigenen Reihen.

Zwei Tage nach dem Verlust der absoluten SPD-Mehrheit im Wiesbadener Landtag deutete Parteichef Willy Brandt vor der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn die Richtung zwar nur an: Künftig dürfe das Bild der Godesberger SPD „nicht verwischt und nicht verdunkelt werden“.

Aber andere Spitzen-Genossen erklärten offen, wer das bürgerliche Image der Sozialdemokraten gefährdet



Verbotenes Juso-Plakat
„Die Linken müssen gebügelt werden“

haben. Verkehrsminister Georg Leber, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Frankfurt I: „Den Jungsozialisten und den linken Genossen muß nun bewußt werden, daß man mit radikalen Parolen die sozialdemokratischen Wähler nicht mobilisieren kann.“

Sein Parlamentarischer Staatssekretär Holger Börner, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Kassel und von 1961 bis 1964 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, über die vermeintlichen Schuldigen: „Die Jusos von heute sind doch politische Wiederläufer, ins Politische abgeglittene Bibelforscher.“

Und Bundestags-Vizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen, Abgeordneter des Wahlkreises Groß Gerau: „Das kommt davon, wenn man jedes dumme Geschwätz laufen läßt, weil man sich mit den jungen Herren nicht anlegen will.“

Hessens SPD-Rechte gründen ihre Anklage auf die Wahlergebnisse in

Südhessen: In dem traditionellen Links-Bezirk der westdeutschen Sozialdemokratie, vor allem in der vom Links-Genossen Walter Möller regierten Stadt Frankfurt, waren die Stimmenverluste der SPD am größten.

Zwei Jungsozialisten, darunter Juso-Chef Karsten Voigt, verloren sichere sozialdemokratische Wahlkreise an kaum bekannte CDU-Kandidaten (siehe Seite 38).

In der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion breitete sich Hexenjagd-Stimmung aus. Gelegenheit zur Abrechnung bot die alljährliche Neuwahl des Fraktionsvorstandes am Dienstag letzter Woche. Der stellvertretende Vorsitzende Hans Apel gab die Parole aus: „Die Linken müssen gebügelt werden.“

Links-Kandidat Hans Matthöfer aus Hessen Süd, im vergangenen Jahr nur mit drei Stimmen unterlegen, landete nun abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Die „Kanalarbeiter“, eine vom Innerdeutschen Minister Egon Franke angeführte Mittel- und Hinterbänkler-Gruppe, setzten ihre Liste unangefochten durch.

Vergebens versuchten die Jungsozialisten, die Schuld an dem schlechten Abschneiden der hessischen SPD von sich zu weisen. Der Rückschlag sei vor allem dadurch entstanden, so Karsten Voigt, daß die Partei ihre Politik zu wenig an den Interessen der Arbeitnehmer ausgerichtet habe — mit dieser Behauptung war Voigt freilich nicht weniger oberflächlich als die Vertreter der Partei-Rechten: Die Ausrichtung der SPD auf die Arbeitnehmerinteressen findet derzeit in Bonn ihre Grenzen in der Abhängigkeit der Sozialdemokraten von der FDP.

In einer Mitteilung an ihre Mitglieder wetterten die hessischen Jusos: „Einige Prozente weniger für die SPD. Wer ist schuld? Ganz klar! Die Dogmatiker! Die Teufel mit den 4 Buchstaben. Es tönt vom Land, es tönt aus Bonn. Die Schuldigen heißen JUSO!“

Polemisch fragten die Jung-Genossen: „Haben die Jusos den Konjunkturschlag eingeführt? Haben die Jusos die Versprechung ‚Weniger Steuern!‘ nicht gehalten? Haben die Jusos die Mieten erhöht?“

Der Gründungsrektor der Bremer Universität, Juso-Vize und habilitierte Wahl-Forscher Thomas von der Vring rechnete die hessischen Ergebnisse durch. Sein Befund: In allen städtischen Wahlkreisen hat die SPD Wähler an die FDP abgeben müssen; ob der Kandidat Juso oder Alt-Genosse war, spielte dabei keine Rolle.

Welche Motive den Wählerwechsel zur FDP tatsächlich bewirkt haben, ob die Hergabe von SPD-Leihstimmen oder die Angst vor Jusos, möchte SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski nun durch Untersuchungen und Wählerbefragungen in hessischen Städten ermitteln lassen.

Doch bevor der Auftrag überhaupt vergeben ist, wissen forsche Chef-Ge-

nossen schon heute, daß die Jungsozialisten in jedem Fall geduckt werden müssen.

Fraktions-Vize Martin Hirsch plädiert für vorbeugende Härte: „Leute wie der Voigt müssen eins draufkriegen, sonst werden das so Versager wie der Dahrendorf.“

Bereits letzte Woche zeichnete sich ein schärferer Kurs ab. Der parteioffizielle SPD-Pressedienst wies einen Artikel des Vorstands-Referenten Günter Grossmann zurück, der um Verständnis für die Jusos werben sollte. Grossmann im unveröffentlichten Manuskript: „Wenn (die Sozialdemokraten) sich auseinanderdividieren ließen und ein Scherbengericht über junge Politiker veranstalteten, hätte der Konservatismus in Deutschland wieder einmal einen Bremserfolg zu verzeichnen.“

Am Donnerstag zog das Parteipräsidium ein bereits gedrucktes Plakat ein, auf dem die Jusos mit einer geballten Faust für ihren Lehrlingskongreß Ende November in Düsseldorf werben wollten. Die SPD-Oberen ließen das Plakat konfiszieren, obwohl sie Anfang des Jahres den Jusos ausdrücklich organisatorische Handlungsfreiheit zugesichert hatten.

Zugleich bereitete das Präsidium einen Beschluß des Parteirats vor, der allen Mitgliedern verbieten soll, mit Kommunisten „gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, gemeinsame Publikationen herauszugeben, gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. zu unterzeichnen“.

Ein solches Verbot träfe vor allem die Jusos, die bisher einer „punktuellen Kooperation“ (Juso-Vize Norbert Gansel) nicht aus dem Weg gehen wollten. Gansel: „Bei den Jusos ist zur Zeit durchaus Bereitschaft zur Selbstkritik vorhanden. Jetzt macht das Präsidium mit seinem irrationalen Getue alles kaputt.“

POLEN-VERHANDLUNGEN

Botschaft gesucht

Polens Vize-Außenminister Józef Winiewicz überkamen düstere Erinnerungen: „Im September 1939 habe ich hier zum letztenmal gegessen. Damals gab es Suppe und nur Suppe und deutsche Bomben.“

In Warschaus Hotel „Bristol“, in dem Bundesaußenminister Walter Scheel am Mittwoch letzter Woche die polnische Verhandlungsdelegation zum Abendessen empfing, sann Winiewicz über das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen nach: „Wenn ich mir damals vorgestellt hätte, daß ich einmal in diesem Saal als Gast eines deutschen Außenministers sitzen würde ... daran ist die Geschichte Europas abzulesen.“

Zwei Tage später, am Freitagabend letzter Woche, fanden die vertragswilligen Partner in Warschau die einigenden Formeln für ihr Abkommen. Ein Redaktionskomitee wird in dieser

Woche den Text stilistisch überarbeiten, während Walter Scheel in Bayern wahlkämpft. Am Wochenende vor der Wahl will Scheel wieder in Warschau sein, um mit dem polnischen Außenminister Stefan Jedrychowski das Vertragswerk zu paraphieren.

Zunächst hatte Scheel geplant, seine Warschauer Gespräche schon in der letzten Woche abzuschließen. Aber die hartnäckige Verhandlungsführung der Polen sowie Bonner Differenzen mit den drei Westmächten zögerten den Abschluß hinaus.

Die Westmächte waren als Nothelfer Bonns in die Verhandlungen einbezogen worden. Zunächst hatten die Deutschen versucht, den Hinweis auf eine endgültige Grenzregelung durch einen Friedensvertrag im Abkommen selbst unterzubringen. Als die Polen dies verweigerten, kamen die Bonner auf die Idee, mit den Westmächten Noten auszutauschen; darin sollte das Grenzabkommen unter den Vorbehalt eines etwaigen Friedensvertrags gestellt und die Verantwortung der Alliierten für Deutschland als Ganzes bekräftigt werden.

Die Amerikaner bestanden zunächst auf einer harten Vorbehaltsformulierung, die Franzosen wollten sich mit dem Artikel vier des geplanten Grenzvertrags begnügen, in dem schon bestehende Verträge ausdrücklich respektiert werden. Die Briten ließen Bonn sogar wissen, das Problem des Friedensvertragsvorbehalts berühre sie nicht.

Die Polen, die nach deutschem Wunsch den Text der Noten zur Kenntnis nehmen sollten, protestierten gegen den ersten Entwurf einer Note, den Bonn mit den Westalliierten



Unterhändler Winiewicz
„Suppe und deutsche Bomben“

schließlich doch ausgehandelt hatte, weil darin der Vorbehalt zu deutlich ausgedrückt sei.

Am Freitagabend aber zeigte sich die polnische Delegation bereit, einen zweiten Entwurf zu akzeptieren. Von der Antwort der drei Mächte auf die deutsche Note hängt es jetzt ab, ob Warschau diesen Notenwechsel gegen Quittung entgegennimmt (Fachausdruck: notifiziert).

Bei der Anerkennungsformel für die Oder-Neiße-Grenze bestand Jedry-



Unterhändler Scheel (M.)
„Geschichte Europas abzulesen“

chowski unnachgiebig auf einem Pausus, mit dem die polnische Westgrenze als im Potsdamer Abkommen „festgelegt“ beschrieben wird. Die Deutschen trösteten sich damit, daß in Potsdam lediglich der „Verlauf“ der Grenze bestimmt worden sei — nach Bonner Sophistik nur eine geographische, keine völkerrechtliche Festlegung. Dies bedeute schon einen Fortschritt, weil Warschau ursprünglich die apodiktische Grenzformel aus dem Görlitzer Grenzvertrag von 1950 mit der DDR in das Abkommen hätte übernehmen wollen.

Dem dringlichen Bonner Wunsch, zugleich mit dem Vertrag eine publikumswirksame Übereinkunft über die Familienzusammenführung vorlegen zu können, kamen die Polen nur geringfügig entgegen. In der Vollversammlung beider Delegationen am letzten Mittwoch erkannte Außenminister Jedrychowski die deutschen Wünsche lediglich „im Prinzip“ an.

Die Rot-Kreuz-Gesellschaften beider Länder sollen zwar ihre Listen ausreisewilliger deutschstämmiger Polen vergleichen, da, so Jedrychowski, nur so Klarheit über die Zahl der möglichen Aussiedler zu erhalten sei. Zugleich aber dämpfte er Bonner Erwartungen: „Die deutschen Zahlen sind überhöht.“ Seine Regierung sei dennoch bereit, das Problem „wirksam“ anzugehen und „pragmatische“ Lösungen zu finden.

Mit einem pragmatischen Arrangement ist jetzt auch Bonn einverstanden und will auf seine Forderung verzichten, die Familienzusammenführung in einer Sondervereinbarung

* Mit SPD-Bundestags-Vizepräsident Carlo Schmid (l.) in der Krakauer Burg unter dem Krönungsschwert der polnischen Könige.